

kritik & utopie ist die politische Edition im
mandelbaum *verlag*.

Darin finden sich theoretische Entwürfe
ebenso wie Reflexionen aktueller sozialer
Bewegungen, Originalausgaben und auch
Übersetzungen fremdsprachiger Texte,
populäre Sachbücher sowie akademische und
außeruniversitäre wissenschaftliche Arbeiten.

Nähere Informationen zu Beirat,
Neuerscheinungen und Terminen unter
www.kritikundutopie.net



Lutz Holzinger / Clemens Staudinger

SCHWARZBUCH RAIFFEISEN

mandelbaum *kritik & utopie*

Gedruckt mit Unterstützung durch

MA 7 – Kulturabteilung der Stadt Wien, Referat Wissenschafts- und
Forschungsförderung

© mandelbaum *kritik & utopie*, wien 2013
alle Rechte vorbehalten

Lektorat: Monika Hofmann
Satz & Umschlaggestaltung: Michael Baiculescu
Umschlagbild: Bernhard Hausegger; www.bhausegger.at
Druck: Primerate, Budapest

Inhalt

- 7 EINLEITUNG: VOR DEN VORHANG
- 11 DIE WURZELN DES RAIFFEISENKONZERNS
Verstärkter Einfluss des Marktes – Langwieriger Prozess –
Bürgerliche Revolution als Wegbereiter – Reichstag stellte die
Weichen – Steuern statt Abhängigkeit – Preisgefälle und Kri-
sen – Raiffeisen als Retter – Kenntnis der Kunden von Anfang
an – Lauffeuerartige Verbreitung – Massive staatliche Unterstüt-
zung – Zeit der Anpassung – Beispiel Deutschland – Imposan-
tes Wachstum – Erfolgslauf nach der Befreiung 1945 – Thomas
Muster als Aushängeschild – Distanz zur Politik – Historisches
Round-up
- 43 DIE STARKEN PARTNER VON RAIFFEISEN
Physiokraten als Anstoß – Nächster Anlauf Kontinentalsperre –
Echte Vorläufer der Kammer – Regelrechte Landwirtschafts-
kammern – Stärke durch Pflichtmitgliedschaft – Rolle in der
Sozialpartnerschaft – Alle müssen mitmachen – Vielfältige Aufga-
ben – Pferd von hinten aufgezäumt – Klassenspaltung von außen
nicht ersichtlich – Besetzung der Landwirtschaftskammern –
Anfänge der politischen Organisation – Erfolgreich gegen Bau-
ernlegen – Peinlicher Irrtum in Kärnten – Direkte Mitwirkung
in Legislative und Exekutive – Die Funktionsweise der Dreifaltig-
keit – Das Giebelkreuz im Bundesrat – Beispiel Niederösterreich
- 69 DER STILLE RIESE
Machtfaktor Raiffeisen – Kapitalistischer Wechselbalg – Einfluss-
reiche Medienmacher – Weg mit Schaden – Kleinbauern als Fei-
genblatt – Österreich isst Raiffeisen – Wie kommt die Milch ins
Regal? – Auf der Westbahn unterwegs – Ein Auto ist kein Mais-
kolben – Es gibt kein sanftes Mochovce – Enten schleudern,
Fischer ärgern – Allenthalben Monopol-Positionen – Was ist ein
Bankraub gegen die Gründung einer Bank? – Auch Kleinvieh
macht Mist – Treibt Ethanol den Zuckerpreis in die Höhe? –

Bitterer Zucker? Urteilen Sie selbst! – Auf einem Pulverfass? – Fällt der Milchgroschen? – Esel auf dem Eis – Subprime und Fremdwährungen – Causa Buwog: Da fehlt ein Name! – Wo Gott in Linz wohnt – „Weh dem, der lügt!“ – Ein treuer Diener seines Herrn – Im Klub der Landräuber – Raiffeisenlandraub, die Zweite – Raiffeisenlandraub, die Dritte – „Bereinigung“ im Geldsektor – „Haben Herrschaften schon gewählt?“

142 SO FUNKTIONIERT ES – DIE BEISPIELE

Das „Immer und überall“-Prinzip – Beispiel Parlament: Die Politmacht von Raiffeisen im ÖVP-Klub – Beispiel Landesregierungen: Mechanik der gegenseitigen Förderung – Beispiel Steuergesetzgebung: Fit & fett durch Osterweiterung – Beispiel Mandatar: Ist Ferry Maier doppelt gemoppelt? – Beispiel Ideologe: Dollfuß über „Hausherrenrechte“ und „Notwehr“ – Raiffeisen: Der „große Chef“ verteilt Schulnoten – Beispiel Stadtplanung: Das Schmunzeln des Kardinals – Beispiel Komplizenschaft Steuerschonung: „Unsere Safes schweigen“ – Beispiel Kommunen als Kunden: Zocken mit Gemeindegeld – „Es ist alles sehr kompliziert“ – Beispiel Gendergerechtigkeit: Aufsichtsräte als Männerunden – Beispiel Multifunktionär: Ein Mann für alle Fälle? – Wo beginnt Korruption? – Beispiel Geschäft unter Freunden: Pröll, Raiffeisen & Wohnen in Wien – Beispiel Partner im Parlament jenseits der ÖVP: Unschuldsumutung für Pokerface – Beispiel Kapitalismus, Variante brutal: Der Code of Conduct und das Gold – Beispiel Reklame: Etwas Sand im Getriebe der Raiffeisen-PR – Beispiel Hauptversammlung RBI: Ein protestantischer Zug im Raiffeisenreich – Beispiel internationale Vernetzung: Der Herr Konsul

193 STECKBRIEFE/NOMENKLATURA

Agrana-Werdegang und Zuckermonopol – Jakob Auer – Berglandmilch – Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG – Ferdinand Maier – Medicur Holding – NÖM – Josef Pröll – Raiffeisenmitgliedschaft – Raiffeisen Bank International (RBI) – Walter Rothensteiner – Strabag – Uniqa Versicherung

227 LITERATUR

Einleitung: Vor den Vorhang

Von bäuerlicher Hilfskasse zum mächtigsten Unternehmen. Das sind Ausgangspunkt und vorläufiger Endpunkt im – weitgehend unterbelichteten – Siegeszug von Raiffeisen. Das Giebelkreuz ist zwar als Marke präsent, der Stellenwert des Konzerns, der aus dem Genossenschaftswesen kommt, heute aber vorwiegend aus Aktiengesellschaften besteht, ist in der Öffentlichkeit krass unterbelichtet. Diesen Mangel wollen wir mit der Präsentation unserer Recherchen beheben. Das vorliegende Buch mit der Quintessenz unserer Erkenntnisse ist der Initiative des Mandelbaum Verlags zu verdanken. Er hat uns ermutigt, das in der Raiffeisenserie des *Augustin*, der „ersten österreichischen Boulevardzeitung“, präsentierte Material zu vertiefen und umfassend darzustellen.

Stein des Anstoßes für Serie und Buch war die Augustin-Redaktion. Sie forderte uns auf, das Phänomen Raiffeisen zu ergründen. Den Konzern schützt eine Mauer des Schweigens: Nicht einmal die Tatsache, dass es sich um das vielleicht im In- und Ausland erfolgreichste Unternehmen handelt, wird ausreichend kommuniziert. Den Führungspersonlichkeiten des Konzerns ist es gelungen, das Raiffeisen-Licht weitgehend unter den Scheffel zu stellen. Dieses Dunkel zu durchdringen, hat uns nach Überprüfung der Tatsachen gereizt. Die schiere Größe von Raiffeisen verschlägt einem den Atem. Dominant ist die Gruppe zum Beispiel in der Kanalisierung der Spargroschen in Stadt und Land, als Monopolist in Milchverarbeitung und Zuckerproduktion, durch direkten (Beteiligung bzw. Eigentum) und indirekten (als größte Werbekundschaft des Landes) Einfluss auf die Medien oder durch die Dreieinigkeit Genossenschaft – Landwirtschaftskammern – ÖVP-Bauernbund.

In einer Zwischenbilanz über die Augustin-Serie schrieb Robert Sommer: „Am 15. Oktober 2011 ist überall in der Welt gegen die Bankenmacht demonstriert worden. Die Menschen gin-

gen auf die Straßen und Plätze, weil es sie empört, dass sozusagen der Schwanz mit den Hund wedelt. Das heißt, dass die Banken den Regierungen Befehle erteilen und nicht umgekehrt. Auch in Wien sind 3.000 Leute auf die Straße gegangen. ... Da lassen sich 3.000 Leute mobilisieren, um gegen die Diktatur der Finanzinstitutionen zu protestieren, und keiner hat etwas gegen die mächtigste in Österreich vorzutragen. Dabei ist die Raiffeisengruppe genauso mitverantwortlich für die Krise, in die wir immer tiefer hineinrutschen, wie die großen Akteure auf den Finanzmärkten insgesamt. Denn auch Raiffeisen hat im großen Stil Wetten abgeschlossen und spekulative Transaktionen unternommen. Dass der Charakter des Hauptgeschäfts von Raiffeisen, der dem aller anderen ins Strudeln geratenen Spekulationsgeneratoren entspricht (weshalb auch Raiffeisen eine Milliardenhilfe vom Staat beansprucht) nicht so wahrgenommen wird, liegt an der guten Performance der Raiffeisenmanager. Sie treten wie Zuckerrübenbauern oder Lagerhausverwalter auf – und nicht wie Global Player.“

Sommer zitiert zur Charakterisierung des Generalanwalts, der quasi über dem Reich von Raiffeisen schwebt, aus Elfriede Jelineks Internet-Roman „Neid“ folgende Passage: „Sein Hintergrund ist so hell von Gott erleuchtet, dass man den Herrn Direktor nur sieht, weil er einen dunklen Anzug trägt, der Mann kommt bei der Bevölkerung gut an, weil sie ihn trotz seines Anzugs nicht sieht, die Bevölkerung schaut zu tief ins Glas, sie schaut auch in die Zeitungen und Zeitschriften, die der Herr Direktor dirigiert, und dort werden sie den Herrn Direktor nicht finden, dort werden sie keinen Direktor finden, weil er in der Kirche ist oder gerade in die Kirche wallfahrtet; der Hintergrund schaut von vorne zu dunkel aus, obwohl er hell und strahlend christlich ist, dieser Hintergrund, welcher daraus besteht, dass im Osten schon wieder zehn Banken gekauft worden sind, die Banken fressen sich tief in den Osten hinein, da können auch Sie sich eine Scheibe abschneiden.“

Sommer schreibt weiter: „Vor ein paar Tagen habe ich einen Häftling in Stein besucht. Es handelt sich um einen Langzeithäftling, der Bankeinbrüche abbüßt. Nur noch drei weitere Jahre muss er absitzen. Vielleicht ist das ein gutes Timing, habe ich gesagt. Vielleicht machen die Medien Sie in drei Jahren, wenn Sie rauskommen, zum Hero, sagte ich ihm. „Die gehören doch alle einem

Jägermeister“, grinste er. „Die Jäger werden uns Wilderer immer auf der Abschussliste haben.“ Und Sommer setzt fort. „Weil der Augustin naturgemäß an der Seite der Wilderer ist und weil er ausreichend unabhängig ist, um diese Parteilichkeit durchzustehen, hat er ein Journalistenduo – Lutz Holzinger und Clemens Staudinger – gebeten, die Leserinnen und Leser über das System aufzuklären, das der Jägermeister repräsentiert. (Anmerkung: Christian Konrad, damals oberster Banker der Raiffeisengruppe, war zugleich niederösterreichischer Landesjägermeister und Veranstalter der elitärsten Wallfahrten nach Mariazell.)“ In diesem Buch haben wir versucht, diesem Auftrag gerecht zu werden.

Nun noch zu einer Frage, die uns häufig gestellt wird: Was kann man tun, um die Macht von Raiffeisen zu beschränken? Ein alter demokratischer Grundsatz besagt, dass Macht Kontrolle braucht. (Übrigens: „Macht braucht Kontrolle“ war der Slogan des erfolgreichen Präsidentschaftskandidaten Thomas Klestil, als er auch von Raiffeisen unterstützt 1992 zur Wahl antrat.) Und genau diese Kontrolle ist im Fall des Wirtschaftsgiganten, auf den man stolz sein könnte, mangelhaft bis nicht vorhanden. Wie es aussieht, wird mit der genossenschaftlichen Organisation der Basiseinheiten (Ortskassen sowie Milch-, Warenhaus- und andere Sachgenossenschaften) gerechtfertigt, dass die gesamte Gruppe, deren Einzelfirmen in den Sparten Geld, Milch, Ware und Beteiligungen nach Bundesländern und meist einer Bundeszentrale durchwegs als Aktiengesellschaften organisiert ist, über den Raiffeisen Revisionsverband sich selbst kontrolliert. Damit genießen die Giebelkreuzler ein einzigartiges Privileg wie es den politischen Parteien bis zur Änderung ihrer gesetzlichen Finanzierung ebenfalls vorbehalten war.

Als sinnvolle Forderung erscheint uns, Raiffeisen die Freiheit von äußerer Kontrolle zu entziehen. Analog zu den Regulatoren für den Strom- und Telefonbereich sollten Instanzen geschaffen werden, die alle Geschäftsaktivitäten von Raiffeisenfirmen mit Monopolstellung am heimischen Markt unter die Lupe nehmen. Beispielsweise beherrscht die Agrana die gesamte heimische Zuckerwirtschaft – vom Saatgut über die Bestimmung der Anbauflächen und den Aufkauf der Rübenernte bis zur Verarbeitung und Preisgestaltung. Per 1. Oktober 2011 hat das Unternehmen den

Zuckerpreis mit Berufung auf die Entwicklung am Weltmarkt um 20 Prozent erhöht, obwohl die europäische Zuckerwirtschaft vom internationalen Handel total abgeschottet ist. Dennoch ist dieser Wucher ohne Widerstand von amtlichen Konsumentenschützern und Medien über die Bühne gegangen. Mittlerweile ist übrigens der Weltmarktpreis für Zucker drastisch gesunken, ohne dass die Agrana den Preis entsprechend gesenkt hätte.

Ein Marktregulator ist auch für die heimische Milchwirtschaft überfällig. Nach eigenen Angaben verfügt Raiffeisen mit „130 Molkereien und sonstigen Milchverarbeitungsunternehmen“ über einen Marktanteil von 99 Prozent bei Frischmilch. Bei Butter beträgt er 95 Prozent, bei Fruchtjoghurt 80 Prozent und bei Schnittkäse 85 Prozent. Aufgrund fortschreitender Konzentration und Zentralisation wird die Milchwirtschaft von den beiden Raiffeisentöchtern Bergland und NÖM dominiert. Dass der „Milchgrotschen“ die Produktionskosten der kleinen und mittleren Bauern nicht oder nur notdürftig deckt, wird mit dem Preisdruck der großen Handelsketten argumentiert. Billa, Spar und Co. würden bei einem Milchlieferboykott zur Durchsetzung eines gerechten Milchgrotschens sicher schön schauen. Dass hier ebenfalls etwas nicht mit rechten Dingen zugeht, wurde zuletzt durch eine Kartellklage gegen Berglandmilch offenkundig.

Nicht über jeden Verdacht erhaben ist auch die Leipnik-Lundenburger Investment AG (LLI), die seit Mitte vergangenen Jahres von Ex-Vizekanzler Josef Pröll geführt wird. Quasi als Einstands-geschenk hat er in Deutschland zwei Kartellverfahren an den Hals bekommen, die nach Zahlung von zweistelligen Millionenbeträgen eingestellt wurden. Ein Schalk der denkt, dass der Mühlen- und Mehl-Oligopolist im eigenen Land nicht ähnlich agiert. Allerdings verfügt die LLI mit „Fini Feinstes“ mittlerweile bei allen Mehlsorten und Mehlderivaten wie Gries in Österreich über eine führende Marktstellung, die sich im Fall dieses Markenprodukts in einem höheren Preis niederschlägt.

Lutz Holzinger
Clemens Staudinger
Jänner 2013

Die Wurzeln des Raiffeisenkonzerns

Die Befreiung der Bauern aus feudaler Abhängigkeit befruchtete nicht die rasche Entwicklung wirtschaftlich gesunder Agrarbetriebe in der Hand von kleinen und mittleren Landwirten. Vielmehr stellte sich rasch heraus, dass es für die ehemaligen Feudalbauern schwierig war, einerseits die Produktionsmittel für ihre Tätigkeit aufzubringen und andererseits den Unwägbarkeiten des „freien Markts“ gerecht zu werden. Als Maßnahme zur Erleichterung ihrer Lage bot sich – analog zu den heutigen Kleinkrediten in der Dritten Welt für Basisinitiativen – die Bildung von Darlehenskassen nach dem System Raiffeisen an, die zunächst vor allem von der Priester- und Lehrerschaft propagiert und finanziert wurden. Mit Erfolg hat die Genossenschaft jedoch erst agiert, als ihre Gründung vom Staat, etwa ab 1880, massiv unterstützt wurde. Angesichts des Aufschwungs der Arbeiterbewegung war es das Ziel dieser Bemühungen, die Agrarbevölkerung als Massengrundlage für die Gutsbesitzer und Großagrarier zu gewinnen. Seither ist es beim Brauch der Großagrarier geblieben, die kleinen und mittleren Bauern vorzuschieben, um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

Um die ganze Geschichte von Raiffeisen zu erzählen, ist es erforderlich, etwas weiter auszuholen. Die genossenschaftliche Organisation der Bauern ist nicht aus dem Nichts entstanden, sondern fällt mehr oder weniger mit ihrer definitiven Befreiung aus der feudalen Abhängigkeit von den Grundherren vor mehr als 150 Jahren zusammen. Dieser Schritt führte zwar dazu, dass die Agrarbevölkerung ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen konnte. Gleichzeitig verlor sie jedoch die Sorge für ihre Existenz durch die Grundherren, zu der diese in einem bestimmten Rahmen verpflichtet waren. In der feudalen Gesellschaft war die bäuerliche Bevölkerung – von wenigen Ausnahmen abgesehen – von den adeligen Grundbesitzern abhängig und zum Großteil leib-

eigen. Das heißt, sie konnten nicht aus freien Stücken Aufenthaltsort wählen und/oder berufliche Tätigkeit ändern. Den Feudalherren gegenüber waren die Bauern zu Abgaben in Form von Produkten und Überlassung ihrer Arbeitskraft verpflichtet. Diese wiederum hatten – auch in ihrem Eigeninteresse zur Reproduktion ihrer Arbeitskräfte – das Überleben der Bauern zu sichern.

Die Produktivität der Landwirtschaft war in Mittelalter und früher Neuzeit äußerst gering. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung (bis zu 95 Prozent) war in der Landwirtschaft tätig. Das vorherrschende Prinzip war die Subsistenzwirtschaft: Das Agrarprodukt reichte mehr oder weniger aus, um Abgaben an den Grundherren zu leisten und die Reproduktion des bäuerlichen Haushalts zu sichern. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um die fürs Überleben erforderlichen Lebensmittel und um das Saatgut für den nächsten Erntezyklus bzw. die Aussaat. Für die Vermarktung blieb den Bauern (anders als den Feudalherren, sofern sie den „Zehent“ nicht selbst verzehrt hatten) kaum etwas übrig. Einerseits agierten die Stadtbürger bis tief in die Anfänge der Neuzeit hinein auch als Landwirte mit eigenen oft an ihre Gebäude anschließenden Parzellen; andererseits war für die Bauern die Hauswirtschaft – wie Spinnen und Weben – ein wesentlicher zusätzlicher Erwerbszweig.

Verstärkter Einfluss des Marktes

Mit dem Aufkommen von Manufaktur und Industrie sowie der damit verknüpften stärkeren Arbeitsteilung und Spezialisierung der Arbeitskräfte ging eine gesteigerte Nachfrage nach Lebensmitteln einher. Eine intensivere Beschickung der Märkte war nicht nur erforderlich sondern auch attraktiv, weil dafür Geld ins Haus kam. Das wiederum konnte für den Kauf von bis dahin unbekanntem Produkten – etwa aus dem aufblühenden Fernhandel stammende Güter – eingesetzt werden. Die neuen Arbeitsmöglichkeiten zogen einerseits unterbeschäftigte Teile der Agrarbevölkerung an und erforderten andererseits eine Steigerung der Agrarproduktion, um die neue geschaffene Nachfrage zu befriedigen. Die negative Dialektik zwischen steigender Landflucht und wachsender Nachfrage nach Lebensmitteln bei zunehmender Industrialisierung brachte die rechtliche Stellung der Bauern und

damit die Frage der Bauernbefreiung auf die Tagesordnung. Von freien Bauern wurde mehr Arbeitseinsatz und Engagement und damit eine höhere Produktivität erwartet.

Übrigens besteht in dieser relativen Steigerung des Freiheitsgrads eine Analogie zum Übergang von der Sklaverei zur Feudalherrschaft: Dabei wurde der Schritt weg von der absoluten Abhängigkeit der Sklaven sowohl von den Befehlen des Sklavenhalters als auch vom Unterhalt durch ihn hin zur Eigenverantwortung der Feudalbauern in der Agrarwirtschaft als Errungenschaft begriffen.

Was nun die Bauernbefreiung angeht, ist ein deutliches West-Ost-Gefälle in diesem über mehrere Jahrhunderte währenden Prozess erkennbar. Laut „Universal-Lexikon“ waren „in den Niederlanden bereits im 17. Jahrhundert liberale Agrarverfassungen mit freien Bauern und reformierten Eigentums- und Besitzverhältnissen zu finden“, während „das zaristische Russland die Mehrzahl der Bauern noch bis ins 20. Jahrhundert hinein in Leibeigenschaft“ hielt. Weiter heißt es in dieser Quelle: „Im 17. und 18. Jahrhundert herrschten, wenn auch regional unterschiedlich stark ausgeprägt, feudale Abhängigkeiten vor und behinderten die Entfaltung der agrarischen Wirtschaftskräfte. Sehr enge Bindungen an die meist adeligen Herren existierten in den Gebieten östlich der Elbe und Saale: Die dortige Gutsherrschaft stellte eine besonders strenge Form der Grundherrschaft dar.“

Langwieriger Prozess

Karl H. Schneider schreibt im Internet-Beitrag „Bauernbefreiung und Agrarreformen“: „Reformen unterschiedlicher Art lassen sich in vielen deutschen Territorien in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts beobachten. In Holstein wurden frühe Verkoppelungen (Zusammenlegung von Feldern – Anm. LH/CS) durchgeführt, in den brandenburgisch-preußischen Territorien versuchte der Landesherr, die Lage der gutsherrlichen Bauern zu verbessern. Im Hannoverschen wurden bäuerliche Dienste in Geldzahlungen umgewandelt oder erste Gemeinheitsteilungen (Privatisierung von Allmende bzw. Gemeinschaftsbesitz etwa an Weiden, Wald usw. – Anm. LH/CS) und Verkoppelung begonnen. Im Badischen wurde die Leibeigenschaft aufgehoben. Dennoch blieben die grundlegenden Abhängigkeiten bestehen. Deren Aufhebung hätte die privi-

legierte Position des Adels in Frage gestellt – und das wagte vor 1800 niemand, erst recht nicht nach Ausbruch der Französischen Revolution.“

Schneider schreibt weiter: „Erst die preußische Niederlage (gegen die Armee Napoleons – Anm. LH/CS) und die Übernahme der französischen Verfassungsgrundsätze in den westelbischen deutschen Territorien schuf Freiräume für weit reichende Reformen. In Preußen konnten der Freiherr vom Stein und Fürst Hardenberg die Niederlage nutzen, um ihr Konzept vom Staatsbürger mit gleichen Rechten auf den Weg zu bringen. Das Oktoberedikt von 1807 beseitigte nicht nur die Eigenbehörigkeit (= Hörigkeit – Anm. LH/CS) der Bauern, sondern riss auch die Schranken hinweg, die bis dahin die wirtschaftlichen Aktivitäten von Adeligen oder Bürgerlichen behindert hatten. In den französisch kontrollierten Gebieten wurden ebenfalls Gesellschaftsreformen begonnen, die den Staatsbürger an Stelle des Untertans zum Ziel hatten und an dessen Anfang die Aufhebung persönlicher Unfreiheit stand.“

Die Niederlage Napoleons und der Triumph der Reaktion am Wiener Kongress trugen dazu bei, dass nach 1814/15 das alte System westlich der Elbe wieder hergestellt wurde. In Preußen erwies sich, dass das neue System vor allem die Interessen des Adels begünstigte. Die verstärkte Marktorientierung der Landwirtschaft und ihre dadurch bedingte Krisenanfälligkeit trugen jedoch dazu bei, dass die Agrarfrage weiter aktuell blieb. Schneider schreibt: „Es genügte ein Funke, um aus der latenten Unzufriedenheit offenen Aufruhr werden zu lassen. Im Sommer 1830 war es so weit: Die französische Julirevolution ließ in einigen deutschen Territorien Unruhe aufflackern. Nicht nur die agrarischen Verhältnisse, sondern auch schlecht regierende Herrscher, hohe Steuern und neue Zollgrenzen (wie zwischen den hessischen Territorien) entfachten lokalen Aufruhr, der sich in Stürmen von Zollhäusern, Entwaffnung von Stadtbrigaden oder massenhaften Schreiben von Petitionen niederschlug.“ Georg Büchners „Hessischer Landbote“ mit einer scharfen Anklage der Herrscherwillkür aus dem Jahr 1834 ist ein markantes Zeugnis für diese in hohem Maß dialektisch verlaufende Entwicklung.

Bürgerliche Revolution als Wegbereiter

Nach der Juli-Revolution in Frankreich konnten der Obrigkeit in deutschen Ländern Zugeständnisse abgerungen werden, die jedoch bald rückgängig gemacht wurden. Es bedurfte der – allerdings im Großen und Ganzen gescheiterten – bürgerlichen Revolution 1848, um die Bauernbefreiung auf breiter Front in Gang zu setzen. Das geschah vor allem durch gesetzliche Ablöseregungen, die von verhältnismäßig „liberalen“ Regierungen ausgearbeitet wurden und den Interessen der Bauern entgegen kamen. Schneider bemerkt einschränkend: „Waren die Gesetze erst einmal verabschiedet, dauerte es teilweise noch Jahrzehnte, bis sie realisiert worden waren. Im Königreich Hannover waren etwa selbst 30 Jahre nach Erlass der Ablöseregungen nur drei Viertel aller feudaler Lasten aufgehoben worden. ... Dennoch bedeuteten die Reformen einen erheblichen Fortschritt, denn die Bauern wurden freie Eigentümer ihres Landes; es entstand zudem ein freier Immobilienmarkt, der eine wichtige Voraussetzung für den Urbanisierungsprozess in Deutschland war.“

In vielen Ländern wurden die jeweiligen gesetzlichen Grundlagen für die „Grundentlastung“ von den Bauern mehr oder weniger erkämpft. Dazu heißt es in Wikipedia unter „Bauernbefreiung“: „Im März 1848 brachen in Franken, Schwaben und Niederbayern Bauernaufstände aus. Die Bauern verweigerten Fronen und Abgaben. Die Aufstände wurden durch Militär erstickt, aber die Regierung legte den Entwurf eines Grundentlastungsgesetzes vor. Danach sollte der Bauer an den Staat vier von Hundert Zinsen aus dem Ablösungskapital seiner Verpflichtungen gegenüber dem Grundherren bezahlen. Das Ablösungskapital wurde mit dem 18-fachen einer Jahresverpflichtung angenommen, die in Geld umgerechnet wurde. Eine Jahresverpflichtung von 100 Gulden sollte folgendermaßen an den Staat entrichtet werden: Das Ablösekapital betrug 18 mal 100 Gulden, also 1.800 Gulden; die jährliche Abgabe an den Staat (vier von Hundert) betrug also 72 Gulden. Der Grundherr erhielt vom Staat für die entgangenen Verpflichtungen vier von Hundert aus dem 20-fachen eines Jahresbezugs, also 80 Gulden. Die Differenz von acht Gulden trug der Staat; und der Grundherr musste auf 20 Gulden Geldwert verzichten.“

Zur Bauernfrage in der Donaumonarchie, die hier detaillierter dargestellt werden soll, heißt es im Online-Österreich-Lexikon: „Die Lockerung der persönlichen und wirtschaftlichen Abhängigkeit der Bauern von einer Grundherrschaft erfolgte seit der Mitte des 18. Jahrhunderts, die Beseitigung 1848. Obwohl es in den österreichischen Ländern große Unterschiede (in Nordtirol und in den gebirgigen Gegenden Vorarlbergs hatten die Bauern viele Freiheiten) und fast keine Leibeigenschaft gab, milderte Maria Theresia 1778 generell die Robotleistungen. Kaiser Joseph II. führte 1781 durch das Untertanenstrafpatent, die Festlegung des Beschwerderechts und die Robotablöse wesentliche Erleichterungen ein. Er ordnete 1789 eine Steuerreform zugunsten der Bauern an, die aber nach seinem Tod nicht durchgeführt wurde.“

Reichstag stellte die Weichen

Der Anfang vom Untergang des Feudalsystems in der Donaumonarchie vollzog sich am Höhepunkt der 1848er Revolution in Wien. Helmut Rumpler schreibt im Band „Eine Chance für Mitteleuropa“ in der von Herwig Wolfram herausgegeben „Österreichischen Geschichte“: „Schon vier Tage nach der Reichstagsöffnung stellte der schlesische Bauernabgeordnete Hans Kudlich den Antrag, ‚das Untertänigkeitsverhältnis samt allen daraus entsprungenen Rechten und Pflichten vorbehaltlich der Bestimmungen, ob und wie eine Entschädigung zu leisten sei‘, abzuschaffen. In der Grundsatzfrage, dass das ‚Untertänigkeitsverhältnis‘ aufzuheben sei, waren sich alle Kontrahenten einig. Über die Frage der Entschädigung kam es zu Konfrontationen der Parteien. Zunächst bemerkten die Bauern selbst, dass sie dabei waren, die Existenz der kleinen Besitzer zu bedrohen. Zu den aufzuhebenden ‚Rechten und Pflichten‘ gehörten auch die Servitute, das waren im Wesentlichen die Holzungs- und Weiderechte auf grundherrlichen Besitzungen oder Gemeinschaftsgründen. Ein Verlust der Mitnutzungsrechte am grundherrlichen Eigentum hätte zahlreichen Bauern die Existenzgrundlage entzogen. Leicht lösbar war die Frage hinsichtlich der obrigkeitlichen Rechte der Grundherrschaften, der Verwaltungs- und Gerichtstätigkeit im Namen des Staates. Auf sie hatten die Grundherren ohne Entschädigung zu verzichten.“